

Peter Winterhoff-Spurk

„Nun wohl an , ihr Reichen, weinet und jammert...“ – Über die sozialen Folgen der ökonomischen Globalisierung

(Vortrag bei der Evangelischen Akademie im Saarland am 29.05.2008)

Gliederung:

1. Milton Friedman und Alfred Rappaport – Globalisierung
2. Lee Raymond und Klaus Esser – Manager
3. Wolfgang Reitzle und Hartz IV - Arbeitnehmer
4. Julia und Laura – Prekariat
5. Lukas und Jacobus - Alternativen

Anschrift:

Univ. Prof. Dr. Peter Winterhoff-Spurk, Universität des Saarlandes, AE Medien- und Organisationspsychologie, Postfach 151150, 66041 Saarbrücken

E.: p.winterhoff@mx.uni-saarland.de

H.: <http://www.uni-saarland.de/fak5/orga/personenpws.htm>

1. Milton Friedmann und Alfred Rappaport – Globalisierung

„Überflüssig. Als ihn ein ... Kollege am frühen Morgen telefonisch alarmiert, lässt Harald Guttmann alle Illusionen fahren: ‚Die Perspektive ist null‘, weiß er sofort. Er wird künftig nicht mehr gebraucht. Wer nach 33 Jahren ... seinen Job verliert, hat nicht mehr viele Optionen im Arbeitsleben. Nach einem Jahr Arbeitslosengeld ... droht der Absturz in die Sozialhilfe.

Guttmanns Wut ist ebenso groß wie hilflos: ‚Willkür, das ist reine Willkür.‘ Aus dem Stand kann er eine Stunde lang die Unternehmensgeschichte herunterbeten. ‚Noch im vergangenen Jahr hat der Vorstandschef uns das Gegenteil versprochen. Wir haben alle Kürzungen mitgemacht, und jetzt machen sie den Laden dicht‘, erzählt er und kann seine Sicht der Verhältnisse nur mit einem historischen Begriff beschreiben: ‚Die herrschen wie die Feudalfürsten.‘ “

Nein, es handelt sich nicht um Nokia in Bochum, nicht um BenQ Mobile in Kamp-Lintfort, nicht um die Mannesmann AG in Düsseldorf. Es war das Traiskirchener Werk der Firma Continental, das im Dezember 2001 kurzerhand geschlossen wurde (Grefe, Greffrath & Schumann, 2002). Die Austauschbarkeit der Berichte zeigt, dass es sich nicht um bedauerliche Einzelfälle, sondern um einen ökonomischen Trend handelt, der mit dem Stichwort „Globalisierung“ nur unzulänglich beschrieben wird.

Was darunter genau zu verstehen ist, beschreibt die französische Zeitschrift „LE MONDE diplomatique“ in ihrem sehr lesenswerten „Atlas der Globalisierung (2006) so: Vernetzung der Welt durch Datenautobahnen, weltweites Wachstum des Güter- und Personenverkehrs, Weltmarkt der Medien, dramatische Zunahme des Massentourismus, gewaltiges Ansteigen der weltumspannende Handelsströme, rasches Wachstum multinationaler Unternehmen, rasantes Anwachsen der internationalen Finanzmärkte, Bedeutungszuwachs für internationale Organisationen, Anwachsen der Migrationsbewegungen, Konzentration der Weltbevölkerung in metropolitanen Großregionen, weltumspannenden Umweltveränderungen und –katastrophen, weltweiter Terrorismus, Bildungswachstum, weltweite Demokratisierungsbewegungen.

Es wird deutlich: Nahezu alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens verändern sich, es gibt positive wie negative Facetten und die ökonomischen Veränderungen erscheinen als ziemlich dominant. Wir definieren also: Globalisierung ist der historische Prozeß, in dem vor allem ökonomische, aber auch soziale, kulturelle, technische und ökologische Strukturen und Prozesse weltweit durch den Abbau von Grenzen aller Art verändert werden.

Die Ökonomie also hauptsächlich. Was hat sich da in den letzten Jahrzehnten getan? Das Problem hat zwei Namen: Milton Friedman und Alfred Rappaport.

Friedman ist der Stammvater der sog. Neoliberalen oder Monetaristen. Allgemein können die wichtigsten Annahmen dieser ökonomischen Denkschule so beschrieben werden:

- Der Markt regelt die optimale Verteilung aller Ressourcen einer Gesellschaft besser als jede staatliche Intervention.
- Die wirtschaftspolitische Hauptaufgabe des Staates ist es, funktionsfähige Märkte zu schaffen und zu erhalten.
- Steuersätze sollen niedrig sein, damit das Individuum über einen möglichst großen Anteil seines Einkommens frei verfügen kann.
- Tarif- und Arbeitsrecht sollen dereguliert werden, Kündigungsschutz, Arbeitszeitregelungen und betriebliche Mitbestimmungen behindern die freie unternehmerische Tätigkeit.
- Der Staat soll nicht selbst unternehmerisch tätig werden, Staatsbetriebe und Staatsbeteiligungen sollen ebenso privatisiert werden wie soziale Versorgungseinrichtungen.

Der Zweite, Alfred Rappaport, ist ebenfalls ein amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler. Er ist der Erfinder der „shareholder value“-Unternehmenspolitik. Seiner Meinung nach muß die Unternehmensführung die Interessen der Anteilseigner eines Unternehmens vor die Interessen aller anderen Beteiligten stellen, also die Interessen der Mitarbeiter, Lieferanten, Kunden, der Kommune und des Staates: „In einer Marktwirtschaft, die die Rechte des Privateigentums hochhält, besteht die einzige Verantwortung des Wirtschaftens darin, Shareholder Value zu schaffen und dabei die Prinzipien der Gesetzeskonformität und der Integrität zu wahren“, sagt dazu Rappaport (1999, S. 6).

Wie man das macht? Vor allem durch radikale Reduktion der Kosten. So wurden Entlassungen von Mitarbeitern („downsizing“) zu einem zentralen Element, sie allein versprechen einen durchschnittlichen Kursgewinn von 8% (Mitchell, 2002, S. 296). Dazu kommen die Verlagerung von Teilbereichen nach außen („outsourcing“), die interne Reorganisation von Geschäftsabläufen („business reengineering“) und Zusammenschlüsse mit anderen Unternehmen („merging“). Alles das ist im allgemeinen mit einem Abbau von Arbeitsplätzen verbunden.

Es wird deutlich: Globalisierung ist nicht das Problem. Die Gestaltung der globalen ökonomischen Prozesse, die macht Sorgen. Guttmanns Wut, zum Beispiel. Selbst der berühmte amerikanische Investmentbanker George Soros sagt inzwischen (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 29.05.2008. S. 13): „Weil Sozialismus und Kommunismus versagten, glaubten wir, der Markt-Fundamentalismus sei das einzig Wahre. Aber der Markt ist nicht perfekt. Das müssen wir jetzt anerkennen.“

Für Harald Guttman kommt diese Einsicht zu spät. Aber seine Wut ist ja auch nur eine Facette psychischer Reaktionen auf die skizzierten ökonomischen Veränderungen. Der amerikanische Ökonom *Jeremy Rifkin* (Rifkin, 2000, S. 152f.) fragt ganz allgemein: „ ... wenn praktisch alle Beziehungen zu kommerziellen Beziehungen werden und das Leben eines jeden Menschen 24 Stunden täglich zum Gegenstand des Kommerzes wird, was bleibt dann für nichtkommerzielle Beziehungen – für Beziehungen, die auf Verwandtschaft, Nachbarschaft, gemeinsamen, kulturellen Interessen, religiöser Zugehörigkeit, ethnischer Identität und brüderlichem oder staatsbürgerlichem Engagement beruhen?“

2. Lee Raymond und Klaus Esser – Manager

Lee Raymond war sechs Jahre Chef der US-Firma ExxonMobile. Als er im Jahr 2005 in Pension ging, erhielt er eine Abfindung von fast 400 Millionen US-Dollar. Das ist die höchste Abfindung, die je gezahlt wurde. Zum Kurs von rund 1,50 \$ für einen Euro sind das 267 Millionen Euro. Würde er die Summe als Tagesgeld mit 4 % Verzinsung anlegen, erhielte er knapp 30.000 Euro täglich.

Dr. Claus Esser, vormals Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG, erhielt nach einer nur neunmonatigen Tätigkeit 30 Millionen Euro Abfindung. Das sind, angelegt wie eben, 3.300 Euro täglich. Letzteres entspricht in etwa dem Endgehalt der Besoldungsgruppe Ila des BAT, das Angestellte mit wissenschaftlicher Hochschulbildung ab dem 45. Lebensjahr erhalten.

Was sind das für Menschen, die da anscheinend den Hals nicht voll kriegen?

Ein Blick in die *Elitensoziologie* zeigt (vgl. zum folgenden Hartmann, 2004 a, b; 2007):

Wichtige Voraussetzungen für einen Aufstieg in die Führungsetagen der deutschen Wirtschaft sind eine bürgerliche Herkunft und der Dokortitel. In Unternehmen und Wirtschaftsverbänden dominieren nämlich die Söhne (nicht: die Töchter) des Großbürgertums und des gehobenen Bürgertums. Um ein Beispiel zu nennen: Söhne von leitenden Angestellten erreichen die Unternehmensspitze zehnmal häufiger als Arbeiterkinder. 50% der Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden der 100 größten deutschen Unternehmen jedenfalls sind Doktoren, bevorzugt in Betriebswirtschaftslehre oder in den Naturwissenschaften.

Wichtiger jedoch ist der bürgerliche Habitus (Hartmann 2007); 50% der Führungskräfte kommen 2005 aus dem Großbürgertum, ein weiteres Drittel stammt aus bürgerlichen Verhältnissen, zusammen also rund 80%. Bei den Vorsitzenden der Aufsichtsräte sind die Verhältnisse sogar noch etwas exklusiver, hier stammen zusammengenommen 92% aus dem Bürger- oder dem Großbürgertum. „Wer in die Vorstände und Geschäftsführungen großer Unternehmen gelangen will, der muß nämlich vor allem eines besitzen: habituelle Ähnlichkeit mit den Personen, die dort schon sitzen“ (Hartmann, 2004, S. 140).

Inzwischen ist das alles nicht mehr sicher; die „shareholder value“-Politik hat auch für die Manager die Welt verändert. Das zeigt sich in einer Umfrage bei den 2.500 weltweit größten börsennotierten Unternehmen sowie den 300 größten deutschen Unternehmen (Lucier, Kocourek & Habbel, 2005): Deutsche Manager sind bei Amtsantritt wie beim Verlassen der Position immer jünger. Ihr Durchschnittsalter am ersten Arbeitstag sank von 52 Jahren (2003) auf 45,8 Jahre, bei Verlust der Position von 58,6 Jahren auf 54,9. Mehr als die Hälfte von ihnen musste gehen, weil ihre Leistung nicht gut genug war. Es ist auch ein anderer Managertyp, der da heranwächst. Gesucht wird die *charismatische Führungspersönlichkeit* (Winterhoff-Spurk, 2002). Warum das so ist? Charismatiker bieten Identifikationsmöglichkeiten und erhöhen die Motivation, das Selbstwertgefühl der Mitarbeiter und ihre Bindung ans Unternehmen. Und das ist nun einmal besonders in schwierigen Zeiten nötig und nützlich. Charismatische Vorgesetzte kitzeln tatsächlich höhere Leistungen aus ihren Mitarbeitern heraus als Vorgesetzte ohne Charisma. Wie hat es Tom LaSorda, der Nachfolger von Dr. Dieter Zetsche bei Chrysler, seinerzeit über seinen Vorgänger gesagt? "Er ist unser Held, weil er die Sanierung geschafft hat. Wenn er sagen würde, springt aus dem Fenster, würden wir das glatt machen. Ein toller Chef" (<http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,1829870,00.html>).

Die Restrukturierung von Unternehmen, insbesondere die Abflachung von Hierarchien, hat die klassischen „Kaminkarrieren“, den steilen Aufstieg innerhalb eines Unternehmens, nahezu unmöglich gemacht. Wer jetzt ganz nach oben kommen will, muß nicht nur jung und charismatisch sein, er muß auch große soziale und regionale Mobilität mitbringen, weil Hauskarrieren seltener werden (Hartmann, 2007). Und er muß sich angesichts ausgedünnter Führungspositionen gegen eine höhere Zahl von Mitbewerbern durchsetzen. Schließlich muß er trotz der ökonomischen Vorgaben der „shareholder value“-Orientierung irgendwie, und sei es nur symbolisch, auch noch die Interessen von „stakeholdern“, allen voran die der Arbeitnehmer, berücksichtigen.

Das bedeutet: Ein noch größeres Engagement im Unternehmen und im unternehmensbezogenen Umfeld. Er muß ständig Informationen sammeln, Probleme früh diagnostizieren und lösen, Beziehungen pflegen – und das alles unter hohem Zeitdruck. Mit anderen Worten: Streß ohne Ende. Überraschend ist es daher nicht, dass europaweit 45% der Manager angeben, dass ihnen ihr Beruf zu belastend sei (http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm).

„Die Manager, die sich auf solche Dinge einlassen, sind keine Ungeheuer Es sind vielleicht nette fürsorgliche Menschen, liebevolle Eltern und gute Freunde. Doch ... trennen sie strikt zwischen Berufs- und Privatleben. Sie sind, in Übereinstimmung mit der Unternehmenskultur, angehalten und nicht selten gezwungen, sich von den eigenen Werten zu distanzieren“ schreibt dazu der kanadische Autor Joel Bakan (2005, S. 72). Das Unternehmen hindert die Manager daran, Mitgefühl mit ihren Mitarbeitern zu empfinden – sie könnten es wohl auch nur schwer aushalten. Irgendwie kann man dann doch verstehen, dass die Manager sich unter solchen Arbeitsbedingungen ein möglichst großes Stück vom Unternehmenskuchen abschneiden wollen.

„Das Ergebnis dieser Machenschaften“, schreibt der amerikanische Unternehmensberater Allen Kennedy (2001, S. 68), „waren sensationelle Aktienkurssteigerungen, die Anhäufung eines immer höheren Privatvermögens für die Manager, die diese Maßnahmen begeistert umsetzten, und eine massive Ausweitung der Kluft zwischen Reich und Arm in der Gesellschaft“.

3. Wolfgang Reitzle und Hartz IV – Arbeitnehmer

In einem Interview mit der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 17. April 2008 wurde der Chef der LINDE AG, Wolfgang Reitzle, gefragt: „Was sind ihre Auffassungen von Gerechtigkeit?“ Er antwortete: „Es hat jedenfalls auch nichts mit Gerechtigkeit zu tun, wenn ein Assistenzarzt 1600 Euro im Monat verdient, für die er 65 Stunden arbeitet....“ Da möchte man herzlich gern zustimmen, wenn es nicht so weiterginge: „...und wenn zugleich ein Hartz IV Empfänger, der verheiratet ist und zwei Kinder hat mit all seinen Zuschüssen auch 1600 Euro hat“ (a.a.O., S. 21). Der Vergleich legt den Gedanken nahe, dass der Hartz IV-Empfänger zu viel bekommt. Mir hätte besser gefallen, wenn er gesagt hätte: „Daß ich demgegenüber mehr als 8 Millionen Euro jährlich verdiene und damit zu den Spitzenverdienern bei den DAX-Unternehmen zähle, das ist ungerecht.“

(http://www.focus.de/finanzen/boerse/aktien/vorstandsgehaelter/linde_aid_11032.htm).

Das ist wohl nicht zu erwarten, befindet er sich doch in zahlreicher Gesellschaft. Josef Ackermann, zum Beispiel, der Chef der Deutschen Bank, hat im Jahr 2005 pro Tag 32.603 Euro erhalten (*FRANKFURTER ALLGEMEINE SONNTAGSZEITUNG* Nr. 12, vom 26.03.2006, S. 45). Rechnen wir den Arbeitstag mit zwölf Stunden, dann kommt er in einer Pinkelpause von zehn Minuten mal eben auf rund 450,-- Euro; der monatliche Eckregelsatz der Sozialhilfe für Haushaltsvorstände beträgt gegenwärtig 345,-- Euro. Er verdient rund 300mal so viel wie ein durchschnittlicher deutscher Arbeitnehmer.

„Ist das einer wert?“ fragt das Vorstandsmitglied der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger, Harald Petersen, in der *SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG* vom 02. August 2006 (S. 17).

Und die andere Seite? Seit dem Jahr 2001 sinkt der Anteil der Nettolöhne und -gehälter am Volkseinkommen, während die Nettogewinne und die Netto-Vermögenseinkommen stetig zunehmen.

Konkret hatte der Arbeitnehmer 1992 durchschnittlich, preisbereinigt und nach Abzug von Steuer und Sozialversicherung, 1.464,-- Euro im Portemonnaie, zwölf Jahre später, 2004, waren es 1.449,--. Man kann natürlich einwenden, dass die Arbeitskräfte halt anderswo billiger angeboten werden und der Markt das regelt, wie bei jedem anderen Produkt auch. Das Argument ist nicht stichhaltig: Die Lohnstückkosten bei uns waren im Jahr 2004 die niedrigsten des gesamten Euro-Raums und den USA. Und das bei einer hohen Qualifikation der deutschen Arbeitnehmer!

Da haben es die Unternehmer und Vermögensbesitzer gut, ihr Einkommen erhöhte sich in den letzten 25 Jahren um rund 30%. Und besonders freuen konnten sich die Kapitalgesellschaften, deren Gewinne haben sich seit 1991 mehr als verdoppelt (Deutscher Gewerkschaftsbund, 2005; Schäfer, 2006).

Aber das ist ja noch die bessere Lösung, schlimmer trifft es die Arbeitslosen. In Deutschland waren in den letzten zehn Jahren immer zwischen 7,2 % und 10,6 % aller Erwerbspersonen arbeitslos. Stark vereinfacht gilt bei uns wie international, dass junge Leute ohne Ausbildung, Frauen oder ältere Arbeitnehmer das höchste Risiko tragen, unfreiwillig ohne Arbeit leben zu müssen.

Nun könnte man einwenden, dass zwar jeder unfreiwillig Arbeitslose zu bedauern sei, dass aber gesamtgesellschaftlich eine Quote von etwa 8% bis 9% kein nationales Unglück sei, vorausgesetzt, die Arbeitslosen erhielten eine menschenwürdige Grundversorgung. Immerhin hätten doch deutlich über 90% der Menschen Arbeit. Da Wirtschaftswissenschaftler ohnehin von einer „natürlichen Arbeitslosenquote“ von rund 5% ausgehen, die in keiner Volkswirtschaft unterschritten werden können, blieben ja nur 3 % bis 4% übrig, die wirklich ohne Arbeit seien und dies nicht wollten.

„Stimmt!“ müsste man sagen, gäbe es nicht inzwischen die sogenannten *prekären Arbeitsverhältnisse*. Dazu zählen Arbeit in Teilzeit, Arbeit auf der Grundlage von Werkverträgen, Arbeit in zeitlich befristeten Arbeitsverträgen, Arbeit für Leiharbeitsfirmen, Arbeit in Mini-Jobs, Arbeit in Niedriglohngruppen, Arbeit in unbezahlten Praktika und erzwungene Selbständigkeit. Die Zahl dieser Art von Arbeitsverhältnissen hat in den letzten dreißig Jahren dramatisch zugenommen, Vorreiter waren der Einzelhandel und die Bauwirtschaft, gefolgt vom Transport- und Reinigungsgewerbe sowie der „Fast-food“-Industrie. Inzwischen sollen bis zu 40% aller Erwerbstätigen, vor allem jüngere Menschen und Frauen, in solchen Verhältnisse arbeiten (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2006, S. 21).

Die Fokussierung der öffentlichen Diskussion auf die Arbeitslosen verstellt also den Blick auf viel gravierendere Entwicklungen in der Mitte des Arbeitsmarktes, nämlich: Die stetige Zunahme der prekären Arbeitsverhältnisse. Es betrifft ja nicht nur die 40 %, die bereits in solchen Verhältnissen arbeiten und leben müssen, der soziale Abstieg schwebt ja als ständige Drohung auch über den bislang noch in Normalarbeitsverhältnissen beschäftigten Erwerbstätigen. Mit wenigen Ausnahmen, etwa bei den Beamten, unterliegt nahezu jeder Arbeitsplatz der drohenden Überführung in ein prekäres Arbeitsverhältnis. Und darunter droht die Arbeitslosigkeit.

Diese Situation hat Folgen (Bullinger, 2006, S. 112f.): Ganz allgemein sollen nur 15 % der deutschen Arbeitnehmer bei der Arbeit engagiert denken und handeln, 69 % sollen hingegen nur Dienst nach Vorschrift machen und 16 % sollen sogar „aktiv unengagiert“ sein, d.h. ihrem Arbeitgeber Schaden zufügen.

Das sind erschreckende Zahlen. Aber sie werden verständlich, wenn man weiß, dass (nach einer repräsentativen Umfragen mit 3.000 Befragten; Heitmeyer, 2005, S. 29f.) nahezu 40% der Menschen Angst vor Arbeitslosigkeit haben und fast 32% für die nächsten fünf Jahre sogar fest damit rechnen. Andere Untersuchungen zeigen, dass allein die Angst vor Arbeitslosigkeit zu erhöhtem Streß und geringerer Lebensqualität führt (Förster, Bärth & Brähler, 2004). Warum sich also engagieren, wenn man über kurz oder lang doch auf der Straße sitzen könnte.

Und das ist immer noch nicht genug. Auch die sog. Normalarbeitsverhältnisse haben sich in den letzten Jahren insgesamt dramatisch verändert (Struck, Grotheer, Schröder & Köhler, 2007). So wurde in etwa der Hälfte aller Betriebe Personal abgebaut (Ellguth, 2005). Wenn mit weniger Personal gleich viel oder mehr produziert wird, muß der Einzelne mehr arbeiten – so einfach ist das: Nach einer Befragung des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen erleben (rund 2.000 befragte) Arbeitnehmer aus Betrieben mit Personalabbau häufiger Termindruck und Streß, die sich stärker in psychovegetativen Beschwerden, wie Nervosität, Reizbarkeit, Lustlosigkeit, Niedergeschlagenheit, Erschöpfung, Kopfschmerzen, Schlafstörungen und Konzentrationsproblemen zeigen als bei Arbeitnehmern aus Betrieben ohne Personalabbau (Zok, 2006). Man müsse, so der Gesamteindruck der befragten Arbeitnehmer, ständig an der Grenze der Leistungsfähigkeit arbeiten.

Da mag Arbeitslosigkeit ja fast noch als das kleinere Übel erscheinen. Von wegen:

Nahezu alle Studien zum Thema „Arbeitslosigkeit und Gesundheit“ (vgl. zum folgenden Förster, Berth & Brähler, 2004) zeigen, dass Arbeitslosigkeit mit körperlichen und seelischen Beschwerden verbunden ist. Körperlich führt sie u.a. zu einer Erhöhung des Blutdrucks, zu Herzbeschwerden, Schlafstörungen und zur Chronifizierung von Krankheiten. Seelisch finden sich Erschöpfung, pessimistische Zukunftseinstellungen und erhöhte Depressivität. Sozial führt dies auf Dauer zu erhöhtem Alkohol- und Nikotinkonsum, zu einer Verschlechterung der Familien- und Freundschaftsbeziehungen und schließlich zum Verlust an sozialer Identität. Das Schlimme dabei ist, dass die psychischen Beeinträchtigungen auch nach einer erneuten Beschäftigung nie mehr ganz verschwinden. An Arbeitslosigkeit gewöhnt man sich auch nicht: Mehrfach-Arbeitslose erleben die psychischen Belastungen immer wieder neu.

Und die Folgen?

Daß aus Unsicherheit Pessimismus, aus Pessimismus Angst und aus beidem schließlich Depression werden kann, ist in der Psychologie seit langem bekannt. So führen bedrohliche Situationen, denen man nicht ausweichen, die man aber auch nicht verändern kann, auf Dauer zu Schwarz-Weiß-Denken, Untertreibung von positiven und Übertreibung von negativen Ereignissen sowie zu Angst und Depression (Parkinson et al. 2000, S. 205f.).

Zunächst versuchen die Menschen, individuelle Lösungen für schwere Anpassungsprozesse zu finden, meistens ziehen sie sich – fernsehend - zurück, um ihre „chronisch zerbrechliche Identität“ (Ehrenberg, 2004, S. 247) wenigstens einigermaßen zu schützen. Das Fernsehen - manches daran erinnert an das „soma“ aus Huxleys „Brave new world“ (Huxley, 1981).

Aber sie denken sich ihren Teil. Gerecht finden sie das schon lange nicht mehr. Eine Umfrage der Zeitschrift *GEO* aus dem Jahr 2007 zeigte, daß über 80 % der Befragten die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Deutschland für ungerecht halten. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sehen dies grad umgekehrt: Nach einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2006 halten 60 % von ihnen die Vermögen und Einkommen in Deutschland für im Großen und Ganz als gerecht verteilt (*GEO* 10, 2007, S. 134ff.).

Viele Bürger resignieren, werden vorerst fatalistisch. Nicht wenige aber begehren auf, zumindest im Denken. Sie entwickeln eine Mentalität, die es ihnen gestattet, den Zorn über die erlebte Ungleichheit auf Andere zu verschieben. *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*“ wird das so entstehende Denkmuster genannt (Heitmeyer, 2005). Es besteht aus rassistischen Elementen, in denen die „natürliche“ Höherwertigkeit der eigenen Gruppe ausgedrückt wird, aus Fremdenfeindlichkeit, aus Antisemitismus, aus der Abwertung von Gruppen, die nicht einer wie auch immer definierten Norm entsprechen (Heterophobie), aus Islamophobie, Sexismus und aus Zorn auf sog. Etabliertenvorrechte. Rund 25 % der Bevölkerung sollen so denken, Tendenz steigend: „Dort, wo die Ängste zu und Sicherheiten abnehmen, werden höhere Werte der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wahrscheinlich“ (Heitmeyer, 2005, S. 31f.).

Aber sie denken sich ihren Teil. Gerecht finden sie das schon lange nicht mehr. Eine Umfrage der Zeitschrift *GEO* aus dem Jahr 2007 zeigte, daß über 80 % der Befragten die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Deutschland für ungerecht halten. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sehen dies grad umgekehrt: Nach einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2006 halten 60 % von ihnen die Vermögen und Einkommen in Deutschland für im Großen und Ganz als gerecht verteilt (*GEO* 10, 2007, S. 134ff.).

Viele Bürger resignieren, werden vorerst fatalistisch. Nicht wenige aber begehren auf, zumindest im Denken. Sie entwickeln eine Mentalität, die es ihnen gestattet, den Zorn über die erlebte Ungleichheit auf Andere zu verschieben. *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*“ wird das so entstehende Denkmuster genannt (Heitmeyer, 2005). Es besteht aus rassistischen Elementen, in denen die „natürliche“ Höherwertigkeit der eigenen Gruppe ausgedrückt wird, aus Fremdenfeindlichkeit, aus Antisemitismus, aus der Abwertung von Gruppen, die nicht einer wie auch immer definierten Norm entsprechen (Heterophobie), aus Islamophobie, Sexismus und aus Zorn auf sog. Etabliertenvorrechte. Rund 25 % der Bevölkerung sollen so denken, Tendenz steigend: „Dort, wo die Ängste zu und Sicherheiten abnehmen, werden höhere Werte der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wahrscheinlich“ (Heitmeyer, 2005, S. 31f.).

So muß man dem Generalsekretär des „International Labour Office (ILO)“, Juan Somavia, zustimmen, wenn er feststellt: „Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass Arbeit als Teil der menschlichen Würde entwertet worden ist, dass das vorherrschende Wirtschaftsdenken sie lediglich als einen Produktionsfaktor betrachtet – als eine Ware – und die Bedeutung menschlicher Arbeit für den einzelnen, die Familie, die Gemeinschaft und den Staat außer Acht lässt“.

(http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/aktuelles_changingpatters.htm)

4. Julia und Laura – Prekariat

„Offiziell gehöre ich zu den 13,2 Prozent der armen Bevölkerung in Deutschland. Ich studiere, seit kurzem sogar an einer Eliteuniversität. Die Freie Universität ist jetzt internationale Netzwerkuniversität - und ich mittendrin. Um das zu finanzieren, arbeite ich in zwei Jobs nebenher, das schon zu Schulzeiten, durchgängig. Verkäufer, Marktstand, Promoter, Fernsehrunner und Tischeschieber - ich habe so ziemlich alles durch. Im Arbeitsoutfit einer Zeitung, ein bunt bedruckter Plastiksack als Körperüberzug, hoffte ich, nie jemandem zu begegnen, der mich in der Uni als studentische Hilfskraft antrifft. Das passt irgendwie nicht zusammen“, das sagte eine Studentin namens Julia am 16. April 2008 dem *SPIEGEL* (<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,druck-537872,00.html>).

Ein anderes Beispiel, auch aus dem *SPIEGEL*. „In der Metro zittere ich aus Angst, einen Kontrolleur zu sehen, und frage mich, wie ich den Monat überstehen werde“, notiert sie. Ihren Kommilitonen erzählt sie nichts über ihre finanziellen Sorgen - über Geld spricht man nicht, das gilt auch unter Studenten. Ohnehin werden die Möglichkeiten, sich mit ihnen auszutauschen, selten: Wenn sich Freunde im Café oder in einer Bar treffen, sagt sie ab, sie kann sich nichts leisten, mit dem sie anstoßen könnte. ‚Das wäre alles kein Problem, wenn ich etwas zu essen hätte, wenn ich nicht hungrig wäre.‘

Bis sie im Internet surft, nach Lösungen sucht. Sie schreibt sich in ein Portal ein, Zugang ab 18, gibt als Namen kein Pseudonym, sondern Laura an, sie will sich treu bleiben, und stößt schon bald auf ihre künftigen Kunden: Männer, die meisten jenseits der 50. Sie annoncieren, suchen "junge Frauen", "zärtliche Stunden" und "Massagen". Sie sucht Geld, schnelles Geld. ‚In jedem Leben gibt es eine Nacht, in der man sehr schnell reift. Nichts ist danach wie zuvor. Adieu Unschuld‘, schreibt Laura in ihrem Buch.“

(<http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/0,1518,druck-531622,00.html>).

Die französische Studentengewerkschaft schätzt, dass in Frankreich rund 40.000 Studentinnen ihr Studium durch Prostitution finanzieren, die Polizei geht immerhin noch von 20.000 aus.

In beiden Beispielen zeigt sich: Es geht auch noch tiefer als in die Arbeitslosigkeit. Vielen droht das Abrutschen in die Armut. Sie mögen sich fragen. Wieso zwei Studentinnen als Beispiele? Ganz einfach: Studenten sind armutsgefährdet!

(<http://www.studentenwerke.de/se/2007/Hauptbericht18SE.pdf>).

Was das heißt? Wer weniger als 60% des verfügbaren Haushaltseinkommens seiner Vergleichsgruppe hat, ist armutsgefährdet, bei weniger als 40% ist er arm (Statistisches Bundesamt, 2005)

Gefährdet waren in Deutschland im Jahr 2004 rund 13% der Bevölkerung oder 10,6 Millionen Menschen. Das entspricht ungefähr der Bevölkerungszahl von Baden-Württemberg. Konkret heißt das für einen Alleinstehenden: 856 Euro, für eine Alleinerziehende mit zwei Kindern 1.370 Euro und für eine Familie mit zwei Kindern rund 1.800 Euro monatlich. Das Durchschnittseinkommen eines Studenten lag 2007 bei 770 Euro. Damit sind sie armutsgefährdet. Und noch etwas: Ohne staatliche Transferleistungen wäre fast ein Viertel der deutschen Bevölkerung armutsgefährdet! Arm sind bei uns 4% der Bevölkerung oder rund 3,3 Millionen Menschen. Das entspricht immerhin noch in etwa der Einwohnerzahl von Berlin. Als Alleinstehende haben Arme bei uns 571 Euro im Monat, als Alleinerziehende mit zwei Kindern 913 Euro und als Familie mit zwei Kindern 1.200 Euro.

Noch konkreter heißt es: Leben in Wohnungen mit feuchten Wänden oder an lauten Straßen, in Vierteln mit Kriminalität und Vandalismus, keinen Urlaub, kein Geld für die Reparatur der defekten Waschmaschine, kein Geld für die Praxisgebühr beim Arzt. So ist die Lage: Zerbröseln der Familien, Mobilitätsforderungen der Wirtschaft, zunehmende Einkommensunterschiede, steigende Armutsrisiken - das alles verändert natürlich auch die Lebenspläne der Menschen. Nach den Ergebnissen eines Forschungsprojekt in 17 Ländern (Blossfeld, Buchholz & Hofäcker, 2006) fällt es den Menschen in allen Industrieländern offenbar immer schwerer, langfristige Entscheidungen zu treffen. Durch die ökonomischen Veränderungen und durch den nahezu überall zu beobachtenden Rückzug des Staates aus der sozialen Sicherung seiner Bürger nimmt allgemein die Unsicherheit zu, in vielen Bereichen – Familie, Betrieb, Gesellschaft – wird es zunehmend schwerer, langfristig bindende Vertrauensbeziehungen einzugehen. Hinzu kommt, dass in allen westlichen Industriegesellschaften eine Verstärkung der ökonomischen Ungleichheit festzustellen ist.

Und ganz konkret, hier in Saarbrücken: Nach einem Bericht der SAARBRÜCKER ZEITUNG vom 24.04.08 haben knapp 10 % der Kinder von Malstatt nicht genug zu essen. Kein Wunder, denn es stehen ihnen gerade mal 2,57 Euro pro Tag nach Hartz IV zu. Ob Herr Reitzle das weiß?

5. Lukas und Jacobus – Alternativen

„Sammelt euch nicht Schätze auf Erden, wo Motte und Rost sie zunichte machen und wo Diebe einbrechen und stehlen. Sammelt euch vielmehr Schätze im Himmel“ (Matthäus 6,19-20). Das Zitat stammt bekanntlich von Jesus von Nazareth. Und auch das Gleichnis vom reichen Mann und vom armen Lazarus stammt von ihm. Lazarus, der sich von den Resten sättigen wollte, die vom Tisch des Reichen für ihn abfielen, starb und wurde von den Engeln in Abrahams Schoß getragen. Der Reiche aber durfte dies alles, geplagt und aus dem Totenreich, nur von Ferne sehen (Lukas 16, 19-31). Auch hatte Jesus auf die Frage eines reichen Mannes geantwortet: „Verkaufe alles, was Du hast, und verteile es an Arme, so wirst Du einen Schatz in den Himmeln haben; und komm, folge mir nach!“ (Lukas 18, 22). Als der Reiche darüber nicht so richtig glücklich ist, legt Jesus nach: „Wie schwer kommen die Begüterten in das Reich Gottes! Denn es ist leichter, dass ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als dass ein Reicher in das Reich Gottes kommt“ (Lukas, 18, 25). Auch wenn das „Nadelöhr“ tatsächlich ein Übersetzungsfehler, stattdessen „Schiffstau“ das richtige Wort sein sollte, insgesamt kommt der Reiche im Neuen Testament nicht gut weg.

Und bei Luther? Der schreibt über den Reichtum im Kommentar zum 1. Gebot des Großen Katechismus: „Es ist mancher, der meint, er habe Gott und alles zur Genüge, wenn er nur Geld und Gut hat; er verlässt sich darauf und brüstet sich damit so unentwegt und zuversichtlich, dass er auf niemand etwas gibt. Sieh, ein solcher hat auch einen Gott: der heißt Mammon, d.h. Geld und Gut; darauf setzt er sein ganzes Herz. Das ist ja auch der allgewöhnlichste Abgott auf Erden“ (Luther, 1977, S.23).

Hier zeigt sich: Das Christentum war immer die Religion der Schwachen: „Immer wieder erwählt Gott ausgerechnet die Schwachen, Kleinen, Vergessenen und am Rande stehenden als Träger seiner Botschaft“, sagte vor kurzem der Professor für Katholische Sozialethik auf einer Tagung der Katholischen Akademie, Markus Vogt, zum Thema „Abgehängt. Wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft“ (2008, S. 1). Und weiter: „Abraham, ein umherirrender Viehhirte ... wird zum Stammvater. Israel wird von Moses, einem Findelkind und später selbst Flüchtling, aus dem ‚Sklavenhaus Ägypten‘ herausgeführt. In Erinnerung daran formulieren die Gebote soziale Schutzrechte für Fremde, Sklaven und Arme. ... Die Propheten ergreifen Partei für die Armen, sind unbequeme Sozialkritiker und proklamieren Gerechtigkeit als Praxis des Glaubens. Der Messias wird als einer erwartet, der sich den Armen zuwendet. ... Die Armentheologie gehört zu den prägenden Traditionssträngen biblischer Überlieferung.“

Aber auch, wenn man kein Christ ist: Daß die gesellschaftlichen Verhältnisse bei uns aus dem Lot geraten und dass etwas geschehen muß, steht außer Frage. Nur was? Gibt es Möglichkeiten unterhalb der von Jesus geforderten radikalen Aufgabe des persönlichen Reichtums?

Eine Umfrage des Internationalen Instituts für empirische Sozialökonomie (infes) mit rund 5.000 Erwerbstätigen aus dem Jahr 2005 gibt auf diese Frage eine eindeutige Antwort, ich zitiere:

„*Gute Arbeit* bedeutet aus der Sicht von Arbeitnehmer/innen,

- ein festes, verlässliches Einkommen zu erhalten,
- unbefristet beschäftigt zu sein,
- kreative Fähigkeiten in die Arbeit einbringen und entwickeln zu können,
- Sinn in der Arbeit zu erkennen,
- Anerkennung zu erhalten,
- soziale Beziehungen zu entwickeln und
- die Achtung bzw. der Schutz der Gesundheit“ (Internationales Institut für empirische Sozialökonomie, 2006, S. 18).